

Um die privaten Investoren zu raschen Investitionen zu ermutigen, wird im Haushaltsgesetz festgeschrieben, daß der Staatshaushalt durch den Finanzminister außer den direkten Hilfen Bürgschaften und Garantien bis 8 Mrd. DM übernimmt, wenn die Investitionen zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft, des Wohnungsbaus, des Verkehrs und für Marktordnungsmaßnahmen auf dem Gebiet der Ernährung eingesetzt werden.

Wichtig und im Sinne sozialdemokratischer Arbeitsförderung ist es, wenn nicht nur Geld verfügbar gemacht wird und im übrigen auf die Initiative der Wirtschaft vertraut wird, sondern daß Konzepte angeboten werden, die Beschäftigungsmöglichkeiten anbieten und Innovationen vermitteln, damit dort, wo Finanzen zur Verfügung stehen, auch gezielt mittelständische Betriebe gebildet werden.

Abschließend soll betont werden, daß der Haushaltsentwurf verantwortungsbewußt erarbeitet wurde und daß die SPD die Zustimmung für notwendig erachtet. Unsere Überlegung zur Erweiterung des Etats soll jedoch weitergehen. Ich denke dabei auch an die Rückführung von ungerechtfertigten Parteivermögen in den Staatshaushalt; denn Geld allein macht ja nicht glücklich.

Ich möchte zum Abschluß einmal zitieren, daß auch in der Öffentlichkeit, in der die Abgeordneten sonst nicht sehr gut willkommen, im Sächsischen Tageblatt in Leipzig zu unseren Anstrengungen eine Notiz erschienen ist, die ich vorlesen möchte:

„Die schnelle Einheit der Deutschen ist vor allem eine Sache konzentrierter und angestrenzter Arbeit, weniger eine von Streiks, Blockaden und Demonstrationen. Wer jetzt noch nicht begriffen hat, daß zu einem Verdienst wie im Westen auch meist die entsprechende Leistung gehört, wird nur schwer Fuß fassen. Die Volkskammerabgeordneten jedenfalls gehen mit der Bewältigung der erforderlichen Gesetzesflut in beinahe permanenter Tagung mit gutem Beispiel voran.“

Danke schön.

(Beifall)

#### **Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höpner:**

Danke schön. - Als nächster hat von der Fraktion der PDS das Wort der Abgeordnete Steinitz.

#### **Prof. Dr. Steinitz für die Fraktion der PDS:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist für einen Vertreter der Opposition etwas widersprüchlich, hier zum Haushaltsentwurf, zum überarbeiteten Entwurf des Haushaltes, Stellung zu nehmen. Bei der 1. Lesung, die ja prinzipielle Einwände zeigte, war wahrscheinlich den meisten Abgeordneten bewußt, daß es eine praktisch unlösbare Aufgabe war, aus diesem vorgelegten Entwurf durch noch so intensive und konstruktive, kritische Arbeit in den Ausschüssen und im Haushaltsausschuß einen stabilen, akzeptablen Haushalt vorzulegen.

Der jetzt vorgelegte Entwurf, der Bericht, der gegeben wurde, spiegeln die intensive Arbeit des Haushaltsausschusses wider. Das, was machbar ist durch Einsparungen und sinnvolle Ausgabenstruktur, durch bessere Verteilung der Mittel, der absolut unzureichenden Mittel insgesamt, wenn wir von den Anforderungen ausgehen, wurde, glaube ich, weitgehend getan. Dafür gebührt seitens unserer Fraktion - und ich glaube auch anderer Abgeordneter - Dank dem Haushaltsausschuß und vor allem der Leiterin dieses Ausschusses, Frau Prof. Luft.

Nachdem Freitagabend die fachliche Kompetenz als ausschlaggebendes Kriterium für die Berufung in leitende Funktionen von der Mehrheit dieses Hauses nicht akzeptiert wurde, ist es, glaube ich, nicht unwichtig, darauf hinzuweisen, daß ohne eine solche fachliche Kompetenz der Leiterin des Ausschusses

und der anderen Mitglieder des Ausschusses in diesen wenigen Tagen wahrscheinlich diese Arbeit nicht hätte geleistet werden können.

Ein Haushalt kann aber nicht aus sich heraus beurteilt werden. Deshalb - auch bei Anerkennung dieser Leistungen in der Überarbeitung - kann ich dem vorgelegten Haushalt nicht zustimmen.

Der Haushalt ist vor allem Ausdruck für den Zustand der Wirtschaft sowie für die Qualität und den Inhalt der Wirtschaftspolitik der Regierung. Natürlich verkenne ich nicht die Folgen der vergangenen Entwicklung. Sie lassen sich nicht in wenigen Monaten überwinden. Aber - und ich bin der Meinung, daß dies auch zu einer kritischen Haltung des Parlaments, zur Ehrlichkeit gegenüber der Bevölkerung gehört - alle Probleme und Konflikte, die sich natürlich im Staatshaushalt widerspiegeln, die rapide Verschlechterung der Situation in großen Teilen der Wirtschaft, besonders in der Landwirtschaft, im Handel und in Teilen des Mittelstandes können eben nicht einfach der Vergangenheit zugeschoben werden, mit der Schuldzuweisung an die Vergangenheit erklärt werden. So leicht darf es sich, glaube ich, keine Regierung machen. So leicht kann man sich aus der Verantwortung nicht herausnehmen.

Worin liegen meines Erachtens wichtige Ursachen für die Probleme, die sich im Staatshaushalt widerspiegeln, als Ausdruck für die Wirtschaftspolitik, die meines Erachtens milde gesagt nicht auf der Höhe der Aufgaben der Zeit steht, oder wenn man es schärfer sagt, nicht den neuen Anforderungen entspricht oder in großen Teilen auch als verfehlt angesehen werden muß? Ich möchte hier nur einige Aspekte zur Begründung dieser These hervorheben:

Erstens die Mittelstandspolitik, die entgegen den Versprechungen der Regierungserklärung zu einer krisenhaften, sehr gefährlichen Situation geführt hat, zum Untergang Tausender Handwerksbetriebe, mittelständischer Betriebe, die schon teilweise bankrott gegangen sind oder vor dem Bankrott stehen, die natürlich auch wiederum zu bedeutenden Einnahmeausfällen im Staatshaushalt führen; zweitens die Dominanz von Westwaren in allen Einrichtungen des Handels, die die Konsequenz hat, daß die Mehrwertsteuer als wichtige Einnahmequelle - hier wurde vorhin über die Einnahmenstruktur gesprochen - des Staatshaushaltes eben nicht von der DDR realisiert wird, sondern von der Bundesrepublik, und in ihrer weiteren Konsequenz zum Untergang von Landwirtschaftsbetrieben und Konsumgüterbetrieben führt.

Schließlich und drittens die ungenügenden Maßnahmen zur Existenzsicherung vorhandener Betriebe. Speziell möchte ich hier erwähnen, daß nur 41 % der beantragten Liquiditätskredite bewilligt wurden, die dazu führen werden - vor allem durch die<sup>1/</sup> - se undifferenzierte Festlegung -, daß weitere Betriebe vor dem Ruin stehen und damit die Arbeitslosenzahl weiter ansteigt.

Wenn wir nur den Zuwachs der Arbeitslosen der letzten zwei Wochen nehmen - über 80 000 -, so bedeutet das, daß umgerechnet auf das Jahr Mehrausgaben für Arbeitslosenunterstützung von etwa einer Dreiviertelmilliarde erforderlich sind - das ist mehr als das Doppelte, als für die Erhöhung der Stipendien damals gefehlt hat.

Ich möchte nur abschließend darauf hinweisen, daß wir ja nicht nur von einer Kritik dieser Wirtschaftspolitik ausgehen, sondern - das kann hier natürlich nicht ausführlich erfolgen - auch Ansatzpunkte nennen wollen, die wir für eine wirksamere Wirtschaftspolitik vor allem im Sinne der Sanierung sehen: Erstens gilt es, alles zu tun, um den Inlandsmarkt für Produkte der DDR zu erweitern und zu stimulieren und zweitens, Bedingungen zu schaffen, um das Investitionspotential zu stärken - ausgehend von der Multiplikatorwirkung, die von den Investitionen, von den Kettenwirkungen zwischen Finalproduktion und Zulieferungen ausgeht und damit zu einer Belebung der Wirtschaft und damit auch zu günstigen Einnahmebedingungen führt. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der PDS)